

## **Niederschrift**

über die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 08.09.2010, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Bericht über erteilte Auftragsvergaben  
Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j) i.V.m. § 11 Abs. 5 der Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999  
Vorlage: 225/2010
3. Vorstellung des neuen Mietspiegels der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 217/2010
4. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes  
Vorlage: 221/2010
5. Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Corneliusstraße in Grotenrath  
Vorlage: 226/2010
6. Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung im Stadtzentrum  
Vorlage: 227/2010
7. Verlängerung der Laufzeit des Konzessionsvertrages mit der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH  
Vorlage: 231/2010
8. Verschiedenes

### **Anwesend waren:**

#### **Vorsitzende/r**

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

#### **Stellvertretende/r Vorsitzende/r**

2. Uwe Eggert

#### **Mitglieder**

3. Nikolaus Bales
4. Marko Banzet Vertretung für Herrn Uwe Eggert

5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt
7. Toska Frohn
8. Johann Graf Vertretung für Herrn Franz Beemelmanns
9. Horst-Eberhard Hoffmann
10. Gabriele Kals-Deußen
11. Michael Kappes
12. Heinz Kohnen
13. Christian Kravanja
14. Leonhard Kuhn
15. Markus Melchers Vertretung für Herrn Manfred Solenski
16. Uwe Neudeck
17. Hans-Josef Paulus
18. Kurt Sybertz Vertretung für Herrn Dr. Joachim Möhring
19. Marlis Tings
20. Dipl.-Ing. Harald Volles
21. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

22. Beigeordneter Herbert Brunen
23. Heinrich Gemünd
24. Beigeordneter Hans Hausmann
25. Stephan Scholz
26. Franz Willems

Protokollführerin

27. Tina Offermanns

Es fehlten:

28. Franz Beemelmanns
29. Dr. Joachim Möhring
30. Manfred Solenski

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 18:00 Uhr die erste Sitzung nach der Sommerpause und begrüßte die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Die ständigen Ausschussmitglieder Stadtverordneter Eggert, Stadtverordneter Beemelmanns, Stadtverordneter Dr. Möhring und Stadtverordneter Solenski ließen sich entschuldigen. Sie wurden durch die Stadtverordneten Banzet, Graf, Sybertz und Melchers vertreten. Einwendungen gegen die letzte Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses wurden nicht erhoben.

Bürgermeister Fiedler schlug vor, den Punkt 10.1 aufgrund nicht abgeschlossener Verhandlungen mit der Telekom zu vertagen.

## I. Öffentlicher Teil

### TOP 1      Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass seine spontanen Hinweise auf die Haushaltslage der Stadt auf dem Festabend der Rhenania Immendorf – es sei um die Realisierung des Sportlerheims gegangen – von der Presse begierig aufgenommen worden seien und zu einem Presseartikel am Montag, dem 06.09.2010, führten, dem zu entnehmen gewesen sei, dass die Stadt unweigerlich in 2011 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müsse. Ihm wäre natürlich lieber gewesen, zunächst die Stadtverordneten über die aktuelle Haushaltslage zu informieren, bevor die Presse darüber berichte. Anfragen der Medien nach Interviews habe er deshalb auf die Zeit nach dieser Ausschusssitzung vertröstet. Eine ganz aktuelle und präzise Übersicht über die Ausgaben und Einnahmen der Stadt führe zu dem Ergebnis, dass noch in diesem Jahr eine zusätzliche Mehrbelastung des Haushalts von 399.000 € entstehe. Da die Mehraufwendungen für Pflichtaufgaben im Jugendamtsbereich stark gestiegen seien, könne die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes für 2011 ff. nicht mehr ausgeschlossen werden. Der Kämmerer weise zudem darauf hin, dass die gesamte Mehrbelastung des Haushaltes in diesem Jahr durch positive Sondereffekte in den Bereichen Personal, Gewerbesteuer und sächliche Ausgaben für Gebäude noch relativ gering ausfallen, während diese Effekte in den Folgejahren nicht mehr verlässlich zu erwarten seien und die Mehrbelastung deshalb stark ansteigen könne.

Die Sondereffekte waren im Einzelnen:

|                                               |           |
|-----------------------------------------------|-----------|
| - Einsparungen im Personalhaushalt            | 400.000 € |
| - Mehreinnahmen Gewerbesteuer                 | 450.000 € |
| - Minderausgaben sächliche Leistungen Gebäude | 100.000 € |

Nach § 76 der Gemeindeordnung NRW müsse eine Kommune ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant sei, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern. Dieser Eingriff in die allgemeine Rücklage bedeute im Falle unserer Stadt, dass die allgemeine Rücklage im Jahre 2011 um 5 Millionen € und im Folgejahr entsprechend verringert werden müsse. Bei den Haushaltsplanungen für 2010 und der Finanzplanung für die Folgejahre habe die Verwaltung allen Grund damit zu rechnen, dass dieser bittere Kelch am städtischen Haushalt vorbeigehen werde. Das Gegenteil werde nun immer wahrscheinlicher. Ein Haushaltssicherungskonzept bedeute, dass die Stadt der Kommunalaufsicht nachweise, dass der Haushalt im letzten Jahr der mittelfristigen Finanzplanung – in diesem Fall 2014 – wieder ausgeglichen sein werde. Dies könne nur, wenn überhaupt, durch einschneidende Sparmaßnahmen erreicht werden. Die Verwaltung werde dem Rat zeitnah entsprechende Vorschläge machen, um rechtzeitig die politische Diskussion über solche Maßnahmen zu ermöglichen.

Er hoffe also, dass die nachträgliche Mitteilung am heutigen Abend auf Verständnis stoße.

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass man für den unglücklichen Informationsfluss Verständnis habe. Ihm fehle momentan vielmehr Klarheit und Transparenz über die gemachten Angaben. Warum habe sich bspw. ein Personalsondereffekt ergeben und wie seien die anderen Einsparungen zu begründen? Ihm sei wichtig, dass transpa-

rente Informationen zum frühest möglichen Zeitpunkt vor den nächsten Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt würden. Auch in den kommenden Wochen müssten Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen getroffen werden. Er erhoffe sich also in nächster Zeit mehr Informationen.

Bürgermeister Fiedler stellte klar, dass er zum Thema „Haushalt“ in seiner Rede in Immendorf nur ein Stichwort fallen gelassen habe. Ein interessierter Journalist verwende einen solchen Kommentar natürlich in einem Presseartikel anders.

Die Verwaltung habe den Haushalt in der Sommerpause überprüft. Am heutigen Abend habe er zum ersten Mal die Gelegenheit Mitglieder eines städtischen Gremiums über die haushalterische Situation zu informieren. Natürlich würden zeitnah zusätzliche Informationen zur Verfügung gestellt.

b) Bürgermeister Fiedler teilte weiter mit, dass es am 03.08.2010 auf der NATO Air Base auf Gangelter Gebiet einen Ölunfall gegeben habe. Es werde davon ausgegangen, dass bei dem Ereignis bis zu 5.000 Liter Kerosin ausgelaufen seien. Die NATO habe unverzüglich die Untere Wasserbehörde des Kreises Heinsberg eingeschaltet. Diese habe in Zusammenarbeit mit der NATO und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb Aachen veranlasst, dass 600-800 m<sup>3</sup> belastetes Erdreich ausgehoben und fachgerecht zwischengelagert wurde. Zudem sei das Büro Geotaix aus Würselen eingeschaltet worden, welches den Unfall nun gutachterlich begleite. Das Büro erarbeite in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde ein Sanierungskonzept, das auf die Beseitigung der Restbelastung durch biologische Maßnahmen hinauslaufe.

Ob Grundwasser belastet worden sei, könne zurzeit noch nicht klar beantwortet werden. Man gehe aber davon aus, dass dem nicht so sei.

Stadtverordneter Benden fragte nach, was genau passiert sei und warum die NATO so spät eine Presseerklärung herausgegeben habe.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass ein schon voller Tank nochmals betankt worden sei. Die Stadt habe auch erst vor 48 Stunden von dem Vorfall erfahren. Die NATO habe direkt die Untere Wasserbehörde des Kreises informiert und sei damit ihrer Meldepflicht nachgekommen.

**TOP 2     Bericht über erteilte Auftragsvergaben**  
**Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j)**  
**i.V.m. § 11 Abs. 5 der Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999**  
**Vorlage: 225/2010**

a) Stadtverordneter Kravanja fragte nach, um was für Materiallieferungen es sich für die Flutlichtanlage in Süggerath handele. Er spiele dort Fußball und ihm sei keine Erneuerung der Anlage aufgefallen.

I. Beigeordneter Hausmann antwortete, dass es lediglich der Auftrag für die Lieferung sei.

b) Stadtverordnete Frohn erkundigte sich, zu welchem Zweck die Absperrgitter für den Umbau der Konrad-Adenauer-Straße bestellt worden seien.

I. Beigeordneter Hausmann erläuterte, dass die Absperrgitter zur Trennung des Radwegs von der Fahrgasse zur Erschließung der Parkfläche gedacht seien und im Laufe der kommenden Woche geliefert würden.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass der Radweg sicherlich ohne böse Absicht regelmäßig von Auto- und Motorradfahrern zugeparkt werde. Dies sei gerade am vergangenen Wochenende aufgefallen.

Stadtverordneter Kappes bemerkte, dass die vom Kreisverkehr zu sehende Beschilderung fehlerhaft sei und ein Fehlverhalten hierdurch nicht hinreichend unterbunden werde.

Bürgermeister Fiedler stimmte zu, dass die Situation nach dem Aufstellen der Schilder weiter beobachtet werde und eine weitergehende Beschilderung bei dauerhaftem Fehlverhalten sicherlich in Betracht komme.

### **TOP 3      Vorstellung des neuen Mietspiegels der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 217/2010**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Rat den Beschluss des neuen Mietspiegels der Stadt Geilenkirchen einstimmig vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 20 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

### **TOP 4      Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes Vorlage: 221/2010**

Stadtverordnete Kals-Deußen erläuterte, dass die Ausarbeitung des Brandschutzbedarfsplanes gerade im Vergleich mit anderen Kommunen hochqualifiziert sei. Der Plan bestätige nicht nur die sehr gute Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und der Verwaltung sondern mache das hohe personelle und technische Niveau der Wehr in Geilenkirchen deutlich. Eines sei ihr jedoch aufgefallen: das Ehrenamt fordere besonderen Einsatz und gerade in diesem Bereich sei die Nachwuchsförderung ein wichtiges Thema. Daher frage sie sich, warum die Jugendfeuerwehr nicht in dem Plan erwähnt werde.

Stadtverordneter Benden lobte auch die außerordentliche Qualität des Brandschutzbedarfsplanes und die gute Zusammenarbeit von Stadt und Feuerwehr. Er schlage jedoch vor, ähnlich umfangreiche Unterlagen zukünftig digital an die Stadtverordneten zu versenden und eventuell den Fraktionsvorsitzenden Ausfertigungen in Papierform zu überreichen. Auf diese Weise könne viel Papier gespart werden.

Bürgermeister Fiedler stimmte zu. Die Verwaltung habe lediglich alle Stadtverordneten voll umfassend informieren wollen.

Stadtverordneter Sybertz meinte, dass seinerzeit im Rechnungsprüfungsausschuss die Zusammenlegung der Löscheinheiten aus Grotenrath und Teveren thematisiert worden sei. Gemeinsame Übungen hätten bereits stattgefunden. Auf Seite 30 des Brandschutzbedarfplanes sei über das Gebäude in Grotenrath zu lesen: „Die Sanitäreinrichtungen sind unzureichend und der bauliche Zustand mangelhaft.“ Er teilte weiter mit, dass die Schützenjugend in der alten Schule ein Jugendheim einrichten wolle. Aufgrund fehlender Fluchttüren sei dieser Plan nicht ohne weiteres umsetzbar. Vielleicht gebe es eine Möglichkeit, ein Jugendheim im alten Feuerwehrgerätehaus in Grotenrath einzurichten.

Stadtbrandinspektor Meyer ging zunächst auf die Fragen der Stadtverordneten Kals-Deußen ein und erläuterte, dass Kommunen zur Einrichtung von Jugendfeuerwehren nach dem FSHG nicht verpflichtet seien. Dennoch unterhalte Geilenkirchen schon seit mehr als zehn Jahren eine Jugendfeuerwehr. Wie in anderen Bereichen, sei auch hier ein geringer Schwund zu verzeichnen. Ein größeres Problem sei jedoch der Transport der Jugendgruppen. Mit dem Mannschaftstransporter könnten neun Personen befördert werden, so dass für die Jugendlichen mindestens zwei Fahrzeuge benötigt würden. Im Einsatzfall müssten diese Fahrzeuge dann bspw. vom Gesellschaftsabend der Jugendlichen über das Haupthaus in Geilenkirchen an den Einsatzort fahren. Dies sei schon vorgekommen und natürlich suboptimal. Eine Möglichkeit die Jugendfeuerwehr zu unterstützen, sei die Anschaffung eines weiteren Transportfahrzeugs.

Stadtverordnete Kals-Deußen betonte, dass sie mit ihrer vorherigen Wortmeldung insbesondere ihre Wertschätzung für die Arbeit der Feuerwehr ausdrücken wollte; die Anschaffung eines Fahrzeuges für die Jugendfeuerwehr halte sie für einen guten Ansatzpunkt.

Stadtbrandinspektor Meyer teilte weiter mit, dass ihm die Zusammenlegung der Gruppen Grotenrath und Teveren große Sorgen bereite. Ergebnis der Gespräche zwischen den Löscheinheiten sei zunächst die Durchführung gemeinsamer Übungen gewesen. Dieses Angebot werde aber von der Löschinheit Grotenrath sehr schlecht angenommen, obwohl für die Übungen hervorragende technische Geräte zur Verfügung stünden. Ein weiteres Beispiel für die Problematik sei eine Alarmierung im Februar dieses Jahres gewesen. Hier sei die Löschinheit Teveren zeitgleich mit der Gruppe aus Grotenrath am Einsatzort eingetroffen, wobei aus Grotenrath lediglich eine Person angerückt sei. Um eine vernünftige Fusion der beiden Löscheinheiten zu erreichen, müsse die weitere Zusammenarbeit sicherlich noch forciert werden.

Beigeordneter Brunen entgegnete auf die Frage des Stadtverordneten Sybertz, dass die Fusion der beiden Löschgruppen tatsächlich im Rechnungsprüfungsausschuss besprochen worden sei. Nach wie vor müsse die Angelegenheit sensibel behandelt werden. Vor der Zusammenlegung verschiedener Einheiten müssten alle mit der Fusion einverstanden sein. Ein positives Beispiel sei sicherlich die Fusion der Einheiten aus Gillrath und Hatterath. Angefangen bei gemeinsamen Übungen habe man letztlich die Zusammenlegung sowie den Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses erreicht. Ein ähnliches Verfahren sei in Würm-Beeck angedacht. Grundsätzlich könne

dieser Prozess aber nicht von oben herab angeordnet werden, sondern müsse in Einzelgesprächen geklärt werden. Das bisherige Ergebnis in Grotenrath und Teveren habe Herr Meyer soeben geschildert. Die Räumlichkeiten in der alten Schule würden nicht nur von der Jugendgruppe sondern auch von verschiedenen Vereinen genutzt. Das Gerätehaus in Grotenrath sei baulich in einem desolaten Zustand. Eine Sanierung sei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vermutlich völlig unsinnig.

Stadtverordneter Sybertz gab in Bezug auf die Situation der Löschereinheiten Grotenrath und Teveren zu Bedenken, dass die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr in Grotenrath eventuell aufgrund des desolaten Zustands des Gerätehauses unmotiviert seien.

Bürgermeister Fiedler warf ein, dass der Zustand des Gebäudes nicht so besorgniserregend wie dargestellt sei. Des Weiteren sei die Sicherungsfunktion der Löschgruppen Grotenrath und Teveren für die Bevölkerung nach wie vor gegeben. Gewisse Problematiken bei der Fusion der Einheiten seien bekannt und unter Kontrolle. Abschließend sprach Bürgermeister Fiedler noch einmal seinen Lob und Dank für die Erstellung des Brandschutzbedarfplanes aus.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Rat einstimmig die Fortschreibung des Brandschutzbedarfplanes der Stadt Geilenkirchen in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 20 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

#### **TOP 5 Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Corneliusstraße in Grotenrath Vorlage: 226/2010**

Stadtverordneter Sybertz erwähnte, dass die Stadt bei der Vorstellung der Pläne zur Erneuerung der Corneliusstraße von einer Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner in Höhe von 4,00 €/m<sup>2</sup> gesprochen hätte. Entgegen dieser Angabe würden nun lediglich 2,04 €/m<sup>2</sup> erhoben. Hier habe die Stadt offensichtlich sehr gut gearbeitet und geplant.

#### **Beschluss:**

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der Corneliusstraße entschied der Haupt- und Finanzausschuss, Straßenbaubeiträge gemäß § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NW) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach § 8 KAG zu erheben.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 20 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 6      Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung im  
Stadtzentrum  
Vorlage: 227/2010**

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass seine Fraktion die Pläne zur Weihnachtsbeleuchtung auf jeden Fall unterstütze. Die Verwaltung stehe in einer gewissen Pflicht, das städtische Bild ein wenig herauszuputzen. Es müsse aber bereits heute bedacht werden, dass die Stadt sich in den nächsten Jahren keine finanziellen Sprünge leisten könne.

Stadtverordneter Benden stimmte zu, dass die Stadt sich auf jeden Fall an der Weihnachtsbeleuchtung beteiligen müsse. In der Vorlage werde jedoch erwähnt, dass der Aktionskreis in der Sitzung ein tragfähiges Konzept für die zukünftige Weihnachtsbeleuchtung vorlegen werde.

Bürgermeister Fiedler bestätigte, dass Herr Plum vom Aktionskreis zur Vorstellung eines Konzeptes anwesend sei.

Stadtverordneter Kravanja stellte klar, dass auch seine Fraktion die Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt für notwendig erachte und der Aktionskreis dahingehend unterstützt werden solle. Eine Investition von 6.000 € sei zukünftig aber vermutlich zu wenig.

Stadtverordneter Wolff schloss sich an, dass die Stadt in der Weihnachtszeit eine atmosphärische Aufhellung benötige. Dennoch müsse gerade mit Blick auf die finanzielle Situation verantwortungsbewusst mit Zuschüssen umgegangen werden.

Bürgermeister Fiedler versicherte, dass auch in Zeiten des Haushaltssicherungskonzeptes nicht sämtliche Maßnahmen der Stadt „eingefroren“ würden.

Herr Plum vom Aktionskreis bedankte sich für die Einladung. Er führte aus, dass die Abrechnung des Schatzmeisters aus 2009 darlege, dass 2.500-3.000 € für die Weihnachtsbeleuchtung aufgrund einer Unterdeckung aus dem Budget des Aktionskreises gezahlt werden mussten. Ausschreibungen für ein neues Konzept seien bereits im vergangenen Jahr erfolgt. Aufgrund des 2. Bauabschnittes auf der Konrad-Adenauer-Straße könnten bis jetzt jedoch keine genauen Angaben über Anzahl und Standort der Masten für die Straßenbeleuchtung gemacht werden. Eine neue Beleuchtung würde ungefähr 30.000 € kosten. Hierbei sei eine LED-Beleuchtung für das gesamte Stadtgebiet vorgesehen, da diese im Vergleich zum jetzigen sehr schweren und veralteten Modell aufgrund geringerer Stromkosten und einfacherer Montage bzw. Demontage zu monatlichen Einsparungen in Höhe von 2.500 € führen würde. Die Abschreibung der Investition würde auf zehn Jahre laufen und wäre kostenmäßig mit der jetzigen Beleuchtung vergleichbar. Im Hinblick auf die neu installierte Beleuchtung der Gebäude in der Innenstadt empfehle er auch die Weihnachtsbe-

leuchtung und keine alternativen Ideen, wie etwa eine erneute „Weihnachtsbaumaktion“ wie im Jahr 2008. Er schlage vor, nach Festlegung des 2. Bauabschnitts nochmals konkrete Angebote einzuholen und dann über ein Finanzierungsmodell zu beraten. Da der Aktionskreis auch unter schwindenden Einnahmen leide, wäre ein Bürgerschafts- oder Bezuschussungsmodell sicherlich wünschenswert. Sein konkreter Vorschlag laute, die jetzige Weihnachtsbeleuchtung noch für ein Jahr beizubehalten und im Jahr 2011 über ein neues Konzept zu entscheiden.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass die Verwaltung in dieser Angelegenheit eng mit dem Aktionskreis zusammenarbeite. Darüber hinaus sei in Geilenkirchen ein Unternehmen ansässig, das weltweit mit LED-Technik handle. Mit diesem und einem weiteren Unternehmen der Branche sei die Stadt im Gespräch, um eventuell von ortsansässigen Unternehmen attraktive und adäquate Angebote zu erhalten. Außerdem gebe es für den Bereich der Städtebauförderung einen Verfügungsfond, aus dem jeder investierte Euro mit einem Euro aus dem Fond gefördert würde. Auch in Bezug auf den Verfügungsfond fänden bereits Gespräche statt. Perspektivisch werde das heutige Modell wegfallen. Er forderte dazu auf, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Herr Plum fügte hinzu, dass eine LED-Beleuchtung den ökologischen Anforderungen der Stadt gerecht werde.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Rat in Anlehnung an den Beschluss des Rates vom 07.10.2009 einstimmig vor, für die Weihnachtsbeleuchtung 2010 / 2011 dem Aktionskreis Geilenkirchen e.V. einen Zuschuss in Höhe der ungedeckten Kosten, begrenzt auf maximal 6.000 €, zur Verfügung zu stellen. Der Zuschuss wird unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

- der Aktionskreis übermittelt der Stadtverwaltung eine detaillierte Kostenkalkulation, aus der der Fehlbedarf hervorgeht
- der Aktionskreis weist bei Abschluss der Beleuchtung die tatsächlich entstandenen Kosten nach
- der Aktionskreis erarbeitet für das kommende Jahr ein neues Konzept für die Weihnachtsbeleuchtung

### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 20 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

## **TOP 7    Verlängerung der Laufzeit des Konzessionsvertrages mit der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH Vorlage: 231/2010**

Stadtverordneter Sybertz meinte, dass die Laufzeit des Vertrages unbedingt verlängert werden müsse. Schließlich würde das Verbandswasserwerk Gangelt hochwertig-

ges Trinkwasser zu einem niedrigen Preis liefern. Durch die Verlängerung des Konzessionsvertrages wäre die Trinkwasserversorgung für die kommenden 20 Jahre sichergestellt.

Bürgermeister Fiedler wies darauf hin, dass er als Vorsitzender des Aufsichtsrates und der Stadtverordnete Sybertz als Mitglied des Aufsichtsrates des Verbandswasserwerks Gangelt in gewisser Weise befangen seien. Er freue sich aber über die Unterstützung des Stadtverordneten für diese Maßnahme.

Stadtverordneter Kravanja teilte mit, dass die Freie Bürgerliste der Verlängerung des Konzessionsvertrages zustimme. Das Wasserwerk sei ein kommunales Unternehmen und trage zur Daseinsvorsorge der Bevölkerung bei. Seine Fraktion unterstütze grundsätzlich die Trägerschaft solcher Einrichtungen durch Kommunen. Darüber hinaus seien die Preise niedrig. Er erkundigte sich weiter, ob die Einwohnerinnen und Einwohner der Ortschaften Teveren und Grotenrath bis 2012 tatsächlich höhere Gebühren zur Refinanzierung des Netzanschlusses zu zahlen hätten.

Stadtverordneter Sybertz bestätigte, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Ortschaften bis zum 01.07.2012 51,- Cent mehr zahlen würden. Gleichzeitig seien sie aber nicht regulären Preiserhöhungen ausgesetzt.

Stadtverordneter Wolff stellte klar, dass grundlegende Entscheidungen in Bezug auf die Wasserversorgung und das Verbandswasserwerk vor langer Zeit von der CDU Fraktion getroffen worden seien. Daher habe seine Fraktion maßgeblichen Anteil an der heutigen Erfolgsgeschichte.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den Vorschlag der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 20 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

## **TOP 8    Verschiedenes**

- a) Stadtverordneter Kuhn lud alle Anwesenden zum Spatenstich der Bürgerhalle Würm am 02.10.2010 um 11:00 Uhr in die Katholische Grundschule Würm ein.
- b) Stadtverordneter Graf wies darauf hin, dass im Verlauf der Bischof-Pooten-Straße bis zur Corneliusstraße 32 alle 150-200m Löcher im Gehweg seien. Erkundigungen hätten nun ergeben, dass die in der Straße verlegten Leerrohre zu eng für die zu verlegenden vier Kabel seien. Dies habe der Vorarbeiter der bauausführenden Firma bestätigt. Quetschungen des verlegten flexiblen Leerrohres ließen nicht mehr als zwei Kabel zu. Zudem habe das verlegte, ge-

riffelte Rohr „nur“ 94 mm Durchmesser. Die von der Telekom geforderten Rohre zur Verlegung der benötigten Kabel seien nicht flexible Rohre mit einem Durchmesser von 102mm. Zur besseren Anschauung seiner Ausführungen präsentierte Stadtverordneter Graf Beispiele der Rohre in der Sitzung.

Die vom Stadtverordneten Graf aufgeworfenen Fragen, beantwortete I. Beigeordneter Hausmann. Er erläuterte, dass das Problem bekannt sei. Zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Jahr 2008 sei das geriffelte Rohr Standard gewesen. Damals sei nicht bekannt gewesen, dass das Rohr den heutigen Anforderungen der Telekom für die Verlegung von vier Kabeln nicht entspreche. Erst kurz vor Abschluss der Bauarbeiten sei dieser Umstand bekannt geworden. Eine Verlegung des anderen Rohres wäre zu diesem Zeitpunkt mit unwahrscheinlich hohen Kosten verbunden gewesen. Daher habe man von dieser Maßnahme abgesehen. Die derzeitige Planung sehe die Unterbringung eines Mehrfachteilers in dem verlegten Rohr vor. Sogenannte Pipes würden in das Rohr eingeblasen. Hierzu müssten alle 150m Kopflöcher gemacht werden; der Aufwand liege bei 400-600 € je Loch. Tatsache sei, dass das Rohr laut Ausschreibung geliefert und eingebaut worden sei. Erst kurz vor Abschluss der Arbeiten habe die Telekom ihre aktualisierten Anforderungen mitgeteilt. Natürlich habe die Stadt zwischenzeitlich Gespräche mit der Telekom aufgenommen. Ziel der Gespräche sei die Teilung der anfallenden Kosten zur Herstellung der Kopflöcher. Im ungünstigsten Fall müsse die Stadt die Kosten alleine tragen. Damit erklärte sich der Ausschuss einverstanden. Natürlich würden künftig nur noch Rohre mit den aktuellen Anforderungen verlegt.

Stadtverordneter Kravanja erwähnte, dass seine Fraktion während des Urlaubs des I. Stadtbeigeordneten Hausmann aus der Verwaltung die Auskunft erhalten habe, dass allein die bauausführende Firma die Verantwortung und daher auch die Kosten trage.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte, dass dies eine Fehlinformation gewesen sei.